

Politik des Dritten Reiches³⁹⁵. Jedoch ist es äußerst schwierig, dieses Thema in seiner Gesamtheit zu erfassen, da ein Großteil der Akten entweder verlorenging oder nicht freigegeben wird. Es sollen daher an Hand des fast lückenlosen Materials einer Filiale der Deutschen Bank und an Hand der Ergebnisse einer Untersuchung dieses Themas durch die Zentrale der Deutschen Bank in Frankfurt, deren Unterlagen ebenfalls eingesehen werden konnten, die wichtigsten Ergebnisse zusammengefaßt werden.

Bereits im April 1933 kam es in Deutschland zu Boykotts und Ausschreitungen gegen jüdische Geschäfte, Anwälte, Ärzte usw. Es gab ständig Versuche, die wirtschaftliche Tätigkeit der Juden zu verhindern, sei es durch direkte Eingriffe, sei es durch Propaganda³⁹⁶. 1935 setzte eine neue antisemitische Welle ein, die sehr bald auf das wirtschaftliche Gebiet übergriff. Die meisten Juden machten sich wohl nach den „Nürnberger Gesetzen“ keinerlei Illusionen mehr über die weitere Entwicklung. Daher versuchten viele im Sommer und Herbst 1935 ihre Betriebe zu verkaufen³⁹⁷. Auch brachte eine große Zahl von Juden ihr Vermögen ins Ausland³⁹⁸. Die nationalsozialistische Regierung versuchte systematisch von 1933 an, den Juden jede Existenzmöglichkeit zu entziehen. Bis 1938 hatten die Juden die Möglichkeit, ihr Vermögen zu einem erheblichen Teil ins Ausland zu transferieren. Dieser Möglichkeit machten die „Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben vom 12. November 1938“ und die „Verordnung über den Einsatz jüdischen Vermögens vom 3. Dezember 1938“ ein Ende. Viele Juden versuchten infolge dieser Entwicklung möglichst bald und vor Erlaß der gesetzlichen Zwangsmaßnahmen ihr Vermögen zu veräußern. So war es geradezu eine Notwendigkeit, daß sich einerseits durch das Interesse der jüdischen Verkäufer, andererseits durch das Interesse der deutschen Käufer ein „Markt“ bildete, auf dem diese Unternehmen angeboten wurden, da es nicht leicht war, ein derartiges Unternehmen zu verkaufen beziehungsweise zu kaufen. Daher wandten sich jüdische Kunden an ihre Bank mit dem Wunsch, die Vermittlerrolle zu übernehmen, zumal oft ein jahrzehntelanges Vertrauensverhältnis zwischen der Bank und dem jüdischen Kunden bestand. Hätte sich ein solcher „Markt“ nicht gebildet, so wäre dies zum Nachteil der jüdischen Bankkunden gewesen. Zudem ist die Vermittlung von Beteiligungen und Unternehmen ein bankübliches Geschäft. Die Deutsche Bank hatte bereits vor 1938 versucht, ihren eigenen jüdischen Angestellten bei ausländischen Banken Arbeitsplätze zu verschaffen, wobei dies kaum lediglich einer eigenen Säuberung des Betriebes gedient haben kann, da sonst eine Entlassung einfacher gewesen wäre. In einem Rundschreiben vom 14. Januar 1938 an alle Filialen der Deutschen Bank³⁹⁹ forderte die Zentrale eine Aufstellung aller nichtarischen debitorischen und kreditorischen Kundschaft. Hierbei interessierte es die Deutsche Bank besonders, bei welchen Firmen sich die Filialen auf deren Wunsch bei der Arisierung beteiligten.

³⁹⁵ W. T r e u e, Ein Fall von „Arisierung“, Tradition S. 288.

³⁹⁶ H. G e n s c h e l, Die Verdrängung der Juden, S. 89.

³⁹⁷ H. G e n s c h e l, Die Verdrängung der Juden, S. 124.

³⁹⁸ P. S a u e r, Die Schicksale der jüdischen Bürger, S. 118.

³⁹⁹ ASKB-DB-I-1, Bl. 185/186.